

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 84 (2009)
Heft: 2

Artikel: Mit 101 zu 58 Stimmen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-714462>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mit 101 zu 58 Stimmen

Mit 101 zu 58 Stimmen verwarf der Zürcher Kantonsrat am 19. Januar 2009 eine Standesinitiative, die verlangt hatte, die persönliche Armeewaffe sei im Zeughaus aufzubewahren. Die Frauen im Rat hiessen den Vorstoss mit 33 zu 11 Stimmen gut. Die Männer lehnten die Initiative mit 90 zu 25 Stimmen ab.

Die Initiantin, die sozialdemokratische Kantonsrätin Monika Spring, hatte gefordert, die Waffen- und Militärgesetzgebung sei dahingehend zu ändern, dass «in Zukunft weder Ordonnanzwaffen noch zugehörige Munition von Armeeangehörigen zu Hause aufbewahrt werden» dürften.

Ebenso verlangte Kantonsrätin Spring, die «Abgabe zu Eigentum» oder der Verkauf von Ordonnanzwaffen aus Armeebeständen an Privatpersonen sei aufzuheben.

«Alter Zopf»?

Monika Spring bezeichnete es im Rat als ungenügend, dass der Bund bis Ende 2009 die Taschenmunition einzieht; denn man komme auch so noch leicht an Gewehrpatronen.

Der grüne Kantonsrat Sandro Feuillet vertrat die Ansicht, das Volk sei mehrheitlich «gegen Armeewaffen im Schlafzimmer» eingestellt. Der Kanton Zürich müsse deshalb ein Signal nach Bern senden; «der alte Zopf» sei abzuschneiden.

Der Vorstoss von Kantonsrätin Spring war in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vorberaten worden. Die Kommissionsmehrheit und der Regierungsrat empfahlen dem Plenum die Stan-

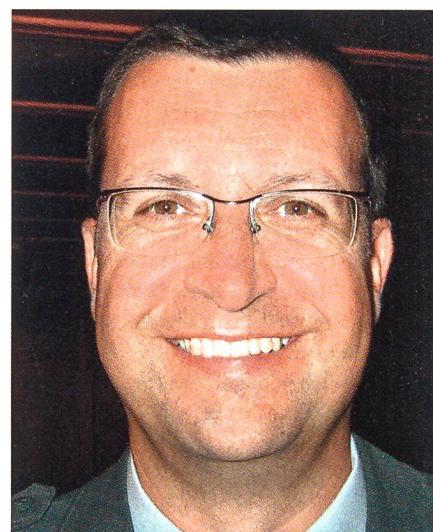
desinitiative zur Ablehnung. Die Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektoren unterstützte die grundlegende Analyse der Problematik durch den Bund; und der Bund sei gewillt, sicherheitsfördernde Massnahmen zu ergreifen.

Die Kommissionsminderheit hielte dagegen an der Zustimmung zur parlamentarischen Initiative fest.

«Verabscheuenswürdig»

Gegen den Vorstoss traten die FDP und die SVP ein. Der freisinnige Kantonsrat Beat Badertscher unterstrich, es sei an den Bundesbehörden, die Heimabgabe der persönlichen Waffe zu regeln. Badertscher gab ein markantes Votum zugunsten der Aufbewahrung der Ordonnanzwaffe zu Hause ab. Er erinnerte auch an das Argument, wonach jeder, der dazu entschlossen sei, Gewalt anzuwenden, irgendwo eine Waffe findet.

Wie Badertscher trat der SVP-Kantonsrat Rolf Siegenthaler, von Beruf Kommandant der Verbandsausbildung Genie, der Initiative von Monika Spring mit starken Worten entgegen. Es gehe nicht an zu behaupten, die Armee bedrohe die Bevölkerung. Dies sei eine verabscheuenswür-



Oberst i Gst Rolf André Siegenthaler, Kommandant Verbandsausbildung Genie 74 in Bremgarten, Zürcher Kantonsrat, Präsident SVP Stadt Zürich.

dige Haltung. Früher sei allen klar gewesen, dass die Armee das Volk schütze. Das sei heute noch so.

Siegenthaler wies auch die Behauptung zurück, ohne «Waffen im Schrank» gebe es weniger Selbstmorde. *fo. CH*

Flughafen Zürich-Kloten: Armee soll Sicherheit gewährleisten

Ebenfalls am 19. Januar 2009 überwies der Zürcher Kantonsrat ein SVP-Postulat zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit am Flughafen Zürich-Kloten.

Der Entscheid fiel mit 84 zu 83 Stimmen knapp aus. Den Ausschlag gab die Ja-Stimme der freisinnigen Ratspräsidentin Regula Thalmann.

Übung «AEROPORTO 05»

Als Initiant trat Kantonsrat Rolf Siegenthaler auf, Berufsoffizier und Präsident der SVP der Stadt Zürich. Er berief sich auf die militärische Übung «AEROPORTO 05» aus dem Jahr 2005: «Die einfache Übungsanlage beinhaltete eine internationale Konferenz in Zürich. Anhän-

ger der Konferenzparteien sorgten mit Protesten, Aufmärschen und Drohungen für eine gänzlich ausgelastete Polizei, weshalb die Kantonsregierung beim Bundesrat ein Gesuch um militärische Unterstützung stellte.»

Länger als 72 Stunden

Siegenthaler rief das Fazit des Übungsleiters in Erinnerung. Divisionär Peter Stutz war zum Schluss gelangt: «Mit Ausnahme ausgewählter Formationen kann die Armee aus dem Stand innerhalb von 72 Stunden ab Auslösung keine Leistung vor Ort erbringen.» Aus dem unveröffentlichten Bericht von Divisionär Stutz gehe auch hervor, dass die Armee in jedem

Fall länger als 72 Stunden brauche, nämlich fünf Tage, bis sie mit ihrer Hauptkraft, einem Infanteriebataillon, im Einsatz stehe.

Kantonsrat Willy Haderer, auch er Oberst, bezeichnete es als Flop, dass die Armeereform XXI das Flughafenregiment 4 abschaffte. Es brauche wieder eine ortskundige Truppe. Ad-hoc-Formationen, schützten den Flughafen nicht.

Zurück zum alten Standard

Das Postulat verpflichtet die Regierung, in einem Bericht darzulegen, mit welchen Massnahmen sie den alten Sicherheitsstandard wieder erreichen will.